

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Petitzeile 0,60 Goldmark (Reklame 1,20 Goldmark) zur Zeit der Abholung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Winke für die Winterarbeit

Die Wintermonate stehen vor der Tür, die Arbeit für uns Bauarbeiter läuft zusammen. Wir erhalten so Zeit und Gelegenheit, ein vermehrtes Interesse für unseren Verband zu betreiben.

Leider gibt es noch allzu viel Mitglieder, die der falschen Ansicht huldigen, ein Verband könne allein dadurch vorwärts kommen, daß er eine gute Führung habe und diese alles ins Werk setze, um die Forderungen der Mitglieder durchzusetzen. Dies ist zwar die erste Vorbedingung für das Gelingen und Gedeihen unseres Verbandes. Aber wir konnten schon oft feststellen, daß Organisationen, deren Leitung eine vorzügliche Tätigkeit im Dienste ihrer Mitglieder entfaltet, trotzdem nicht vorankommen, weil es an der nötigen Kleinarbeit durch Vorstands- und Vertrauensleute fehlt. Ohne

die Kleinarbeit

ist ein Erstarken unseres Verbandes ein Ding der Unmöglichkeit. Dafür ist das Verbandsgebiet zu groß und sind der freigestellten Kräfte zu wenige.

Es darf deshalb nicht vorkommen, daß gesagt wird: „Auf mich kommt es nicht an.“ Ganz im Gegenteil kommt es auf die Mithilfe eines jeden einzelnen Mitgliedes an. Und jeder kann mithelfen. Wohl jedes Mitglied hat un- oder falschorganisierte Berufskollegen unter seinen Bekannten. Es kann also leicht mit ihnen in Verbindung treten, um sie für den Verband zu gewinnen. Führt der erste Beteiligungsversuch nicht zum Erfolg, muß er mehrfach wiederholt werden.

Gilt die Pflicht zur Mitgliederwerbung für alle Verbandsangehörigen, so für die Vorstands- und Vertrauenskollegen noch ganz besonders. Sie haben Planungsfähigkeit in die Verbearbeitung zu bringen. Ist im Sommer in unserem Beruf die Bautenagitation die erfolgreichste, dann im Winter die Hausagitation. Kein Vorstand einer Ortsgruppe darf versäumen, den Boden für eine solche schon jetzt vorzubereiten und sie im geeigneten Augenblick dann aber auch mit aller Energie durchzuführen. Das Ringen des Verbandes um die Verbesserung der Lebenshaltung der Bauarbeiter war in diesem Jahre so erfolgreich, aber auch von so schweren Opfern begleitet, daß alle falsche Rücksichten den Drückerbergen gegenüber fallen müssen.

Wir wissen aus Erfahrung, daß es vor allem der Geist ist, der reges Leben und Streben auslöst. Das gilt auch im Verbandsleben. Die Verbandseinrichtungen mögen noch so vollkommen sein, wenn kein lebendiger gewerkschaftlicher Geist die Mitglieder bewegt, wird nicht allzu viel zu erreichen sein. Der gewerkschaftliche Geist muß deshalb mit allen Kräften geweckt und gefördert werden. Die

Erziehungs- und Schulungsarbeit

ist hierzu ein ausgezeichnetes Mittel. Versammlungen, die die Verwaltungsstelle oder Ortsgruppe einberuft, müssen regelmäßig besucht werden. So manche sagen: „Ach, was dort geredet wird, weiß ich schon alles.“ Diese öden Schwäher! In einer Versammlung gibt es immer etwas Neues und Interessantes. Die Fragen des Arbeitsverhältnisses, des Tarifvertrages, der Sozial-, Wirtschafts- und Steuerpolitik werden besprochen, und dabei fällt für jeden ein Gewinn ab. Es müssen auch wieder mehr Vorträge grundsätzlicher Natur in den Mitgliederversammlungen gehalten werden. In den letzten vier, fünf Jahren war es doch so, daß A und B der Versammlungen Berichte über Lohnverhandlungen oder Beratungen über Lohnforderungen waren. Die Zeitverhältnisse brachten das so mit sich. Aber es ist hoch an der Zeit, daß auch wieder das weltanschauliche und bildungsmäßige Wertgut unserer Bewegung in den Vorträgen zu seinem Rechte kommt. Dabei ist keineswegs erforderlich, daß alle Vorträge von den Verbandsbeamten gehalten werden. In vielen Orten wird es möglich sein, auch mal außenstehende geeignete Persönlichkeiten für die Übernahme eines Vortrages zu gewinnen.

Der Verbreitung gewerkschaftlicher und sozialpolitischer Literatur ist ebenfalls wieder ein stärkeres Interesse zuzuwenden. Das gleiche gilt bezüglich der Einrichtung oder Ergänzung von Ortsgruppenbibliotheken.

Eine weitere ausgezeichnete Schulungsgelassenheit sind die Unterrichtsreisen, die die Kartelle der christlichen Gewerkschaften in diesem Winter wieder auf breiterer Grundlage einzurichten gedenken. Es muß eine Ehrenpflicht unserer Kollegen sein, sich zahlreich an diesen Kursen zu beteiligen.

Wir müssen sodann mit aller Kraft dahin streben, daß unser Verbandsorgan, die „Baugewerkschaft“, wirklich von jedem Mitgliede gelesen, und zwar gründlich gelesen wird. Gibt sie uns doch eine ganze Menge Einblicke in das gewerkschaftliche, wirtschaftliche und soziale Geschehen unserer Zeit, legt Zusammenhänge

offen, vermittelt Kenntnisse. Wer wirklich als Gewerkschaftler und nicht nur als Beitragszahler gelten will, muß diese Einsicht und Kenntnisse haben. Ein gutes Wissen befähigt zu erfolgreicher Mitarbeit im Verbandsleben, es erleichtert auch das persönliche Fortkommen.

Weg mit der Menschenfurcht!

Wir würden eine stärkere Anziehungskraft auf die uns Fernstehenden ausüben, wenn alle unsere Mitglieder ihr christliches Gewerkschaftsbekenntnis stärker nach außen hin betonen würden. Vor wem sollten wir uns auch zu scheuen haben? Unser Verband hat in mustergültiger Weise für die kulturelle und materielle Hebung des Bauarbeiterstandes gearbeitet. Kein anständiger Gegner wird nachweisen können, wir hätten unsere Pflicht in irgendeinem Punkte nicht erfüllt. Die Hysterie und Latschenverbrederungen der kleinen Demagogen gegen unseren Verband wiegen demgegenüber nicht schwer. Wer sein Verbandsorgan liebt, wird um die richtige Antwort nicht verlegen sein. Auch sonst müssen unsere Kollegen im Verkehr mit den freigewerkschaftlichen Berufskollegen ihren Mann stellen. Wieviele Bauarbeiter, die innerlich zu uns gehören, stehen noch im gegnerischen Lager, einzig und allein, weil eine unheimliche Furcht sie von dem Uebertritt zurückhält. Bekämpfen wir diese Menschenfurcht, indem wir uns selbst offen und frei als christliche Gewerkschaftler bekennen! Solcher mit Charakter und Mannesmut vorgetragener Ueberzeugung vermag er sich nicht zu scheuen. —

Ein starker christlicher Bauarbeiterverband ist, wie bisher, so auch in der Folgezeit notwendig. Die hinter uns liegenden Kämpfe und das Vorgehen der Schwerindustrie gegen unseren Beruf beweisen dies mit aller Deutlichkeit. Treu uns selbst müssen wir die in unserer Bewegung wirkenden Kräfte weiter zur Entfaltung bringen für den geistigen, sittlichen und wirtschaftlichen Aufstieg unseres Standes. Diejem Aufstieg zu dienen, ist und bleibt der Sinn der Gewerkschaftsarbeit, für die wir uns deshalb in der kommenden Ruhezeit einsetzen müssen mit allen unseren Kräften. —

Was will die deutsche Bodenreform?

Zum 60. Geburtstag Adolf Damaschke's

Adolf Damaschke, der Führer der deutschen Bodenreform, wird am 21. November 60 Jahre alt. Aus sehr kümmerlicher Jugendzeit als Sohn eines Handwerkers herangewachsen, wurde er, nachdem er zehn Jahre als Volksschullehrer wirkte, bereits in jungen Jahren ein Führer in der deutschen Bodenreformbewegung. Der stolzen Hingabe dieses Führers an ein einziges klares Ziel verdankt das deutsche Volk, daß diese Idee auf vielen Linien im Vormarsch ist und auch schon manchen schönen Sieg buchen kann. Wenn sich in den letzten Jahren an Stelle der öden Mietkajernen freundliche Gartenheimstätten entwickelt haben, wenn draußen im Lande die weiten Feld- und Moorflächen kultiviert werden und wenn versucht wird, die drückenden Steuern von den schwachen Schultern der unbemittelten Schichten zu nehmen und die nötige Einnahme für den Staat aus anderen ergiebigeren und reichlicheren Quellen zu schöpfen, so ist das mit dem Verdienst des heute Sechzigjährigen.

Adolf Damaschke gibt seinem grundlegenden, in der Kulturwelt bekannten Werk „Die Bodenreform“ den Untertitel „Grundriss und Geschichte zur Erkenntnis und Ueberwindung der sozialen Not“. Mit der Bodenreform sollen also die Bedrängnisse und Nöte der Menschen und unseres Volkes mit überwunden werden. Die schlimmsten Notstände sind doch Hunger, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Volkskrankheiten und der gesundheitliche und sittliche Niedergang. Diese Nöte kommen sehr oft zusammen, z. B. wo Arbeitslosigkeit herrscht, kommen bald Krankheit und Hunger zur Tür herein. Wenn der einkommenslose Familienvater dazu noch „zur Miete“ wohnt, so wird er und seine Familie bald gezwungen sein, die bisherige Wohnung aufzugeben. Er wird mit seiner Familie obdachlos oder ist gezwungen, in einer der vielen unmenschlichen dumpfen und engen Wohnstätten zu hausen, wie wir sie in den Städten in Kellerwohnungen und in luft- und lichtarmen Hofwohnungen haben. Was Wunder, daß bei diesem Gend der sittliche Niedergang der ganzen Familie fortschreitet.

Es ist schon ein großes Unglück, wenn eine einzige Familie unter diesen Nöten zu leiden hat; wenn aber ein großer Teil des deutschen Volkes diese Bedrängnisse und Nöte auszuhalten hat, so sind die Folgen für Volk und Staat unübersehbar. Wohnungs- und arbeitslose Menschen verlieren das Heimatgefühl und die Liebe zum Vaterland. Nun ist es unbestreitbar, daß viele Menschen

an ihrem Unglück selbst Schuld haben. Es sind oft unwirtschaftliche und wenig fleißige Menschen, die in Bedrängnis geraten. Vieles hat auch Erziehung und Selbsttätigkeit vermagt. Viele Mißstände und soziale Nöte haben jedoch in den unvollkommenen allgemeinen Verhältnissen ihre Ursache. Wir sehen z. B. östlich der Elbe ungeheuer weite Landflächen, die so entvölkert sind wie die entvölkertesten Gegenden Rußlands. In den Industrie- und Großstädten drängen sich dagegen die Menschen zu oft nicht immer nützlicher Arbeit zusammen, andere sind gezwungen, das Heimatland, das ihnen nicht Brot, Arbeit und Wohnung geben will, zu verlassen. Die Bodenreform fordert, daß die weiten, oft schlecht bebauten Landstriche Deutschlands von deutschen Bauernfamilien besiedelt werden, damit mit dem deutschen Heimatboden sparsamer als bisher gewirtschaftet und die sonst nach den Groß- und Industriestädten oder nach dem Auslande als arbeitslos abwandernden Menschen nützliche und gesunde Beschäftigungsmöglichkeiten im Vaterlande auf eigener Scholle erhalten. Die brachliegenden Feld- und Moorländer müssen zur Vergrößerung unserer Ernährungsbasis kultiviert werden; auch hier bietet sich Gelegenheit einer Erziehung für hunderte tausende Familien.

In den Städten ist durch das Zusammendrängen der Menschen der Wert des Grund und Bodens, also des Baulandes für die Wohnhäuser und Gärten und der Wert der Häuser selbst so stark gestiegen, daß es unmöglich ist, auf diesem teuren Grund und Boden billige Wohnungen zu erstellen. Die Verteuerung des Bodens kommt nur den Wenigen zugute, welche die zufälligen Besitzer dieser Landflächen oder Häuser sind. Hier fordert die Bodenreform, daß die Allgemeinheit aus den gesteigerten Grundstückspreisen den Nutzen haben möge, und daß nicht nur wenige tausend Menschen eine gute Rente aus dem Besitz von Grund und Boden beziehen.

Es ist eine betrübliche Erscheinung, daß der Heimatboden, also unser Vaterland, wie eine Ware verkauft wird, und daß jeder Verkäufer versucht, bei jedem Verkauf einen möglichst großen Gewinn zu erzielen. Der Bearbeiter des Bodens, also der Landwirt, oder der Erbauer eines Hauses, haben diese Spekulationsgewinne zu bezahlen. Im Kreislauf der Wirtschaft hat sich ja gezeigt, daß durch diese fortwährenden Preissteigerungen auch die Nahrungsmittel teurer, die Mieten der Wohnungen höher werden und die Kaufkraft sinken. Nur wenige Familien können sich unter diesen Umständen ein eigenes Heim leisten; die Mehrzahl unserer heutigen Jugend kann also ein eigenes „Vaterhaus“ nicht. Deshalb tritt der Bund Deutscher Bodenreformer dafür ein, daß der Boden, die Grundlage alles nationalen Seins, unter ein Recht gestellt werde, das seinen Gebrauch als Werk- und Wohnstätte fördert, das jeden Mißbrauch mit ihm ausschließt, und daß die Verteuerung, die der Boden ohne die Arbeit des Einzelnen erhält, dem Volksganzen nutzbar macht.

Die Idee der Bodenreform ist an und für sich keine neue. Sie hat die Menschen schon seit Bestehen der Welt bewegt. In alten Zeiten haben die einflussreichsten Führer eines Volkes erkannt, daß die Bodenreform das Mittel zur Erhaltung, zur Verjüngung und Gesundung eines im Untergang befindlichen Volkes ist. Dort, wo die Idee der Bodenreform nicht zur Tat werden konnte, weil Führer der Volk verjagten, war das Land dem Untergang geweiht; wir sehen das an der Geschichte Athens und Roms.

In neuerer Zeit war es bekanntlich der große Staatsmann Freiherr vom Stein, der zur Wiederbelebung des Volkes eine Bauernbefreiung und Bodenreform einführte. Wenn wir heute schlimme soziale Zustände haben, so zeigt es, wie nötig wiederum eine solche Reform ist und wie dringend erforderlich es ist, daß das Feuer der Bodenreform einer so wachsenden Unerkennung bedarf, wenn es nicht verflümmen soll. D. S.

Schafft freie Konkurrenz!

Ein Vorschlag zum Preisabbau

Uns wird geschrieben:

Im Zusammenhang mit der Preisabbauaktion befindet eine Nachricht Beachtung, die vor einigen Tagen aus London kam. Auch dort kämpft man bekanntlich gegen die Teuerung, kämpft u. a. gegen die allzu hohen Preise für Brot und Fleisch. Besonders wie in Deutschland stehen auch in England die Maßnahmen der Behörden bei einer Reihe von Wirtschaftskreisen auf ziemlich erheblichen Widerstand. So weigerten sich kürzlich die Londoner Bäcker, den Feststellungen und Vorschlägen des Lebensmittelauausschusses entsprechend, ihre Preise herabzusetzen. Daraufhin erließ der unter dem Vorherrschaft von Bradburys tagende Lebensmittelauausschuss ein

Hundschreiben, in dem alle Bäder, die zu einer Preisermäßigung bereit wären, aufgefordert wurden, ihre Namen und Adressen der Besichtigung bekanntzugeben. Das Interesse an der Aktion ist ein beiderseitiges. Die Behörden hoffen, auf diese Weise eine Bresche in den bisher fest geschlossenen Ring der Höchstpreise zu schlagen. Die sich meldenden Bäder andererseits erwarten mit Recht von der Veröffentlichung ihrer Namen durch die Regierung eine nicht alltägliche Aktion für das eigene Geschäft. Zur Unterstützung der Aktion richtete die Londoner Presse einen Appell an die Hausfrauen, in dem sie darauf hinwies, daß sie es jetzt in der Hand hätten, eine allgemeine Herabsetzung der Höchstpreise zu erzwingen, wenn sie einheitlich vorgehen und ihre Einkäufe nur bei den Bädern tätigen, die eine Herabsetzung der Preise angekündigt hätten.

So naheliegend die vorstehend angeführte Methode an sich ist, so beweist ihre Anwendung immerhin den praktischen Sinn des Engländers, der auf diesem Gebiete uns Deutschen manches voraus hat. Jedenfalls kann man den Städteverwaltungen und Preisprüfungs-

stellen in Deutschland das Vorgehen des Londoner Lebensmittelaußschusses zur Erzeugung für den Bereich ihrer eigenen Tätigkeit auf dem Gebiete der Preislenkung für Lebensmittel nur dringend empfehlen. Für den Verbraucher aber gilt daselbe wie für die englischen Hausfrauen.

Auch auf ein ähnliches Mittel sei noch hingewiesen, um die Preise auch auf anderem Gebiete zu senken. Wer irgendeine Arbeit zu vergeben hat, sollte sich vorher von mehreren Konkurrenten einen Preisanschlag machen lassen. Schreiber dieser Zeilen hat vor kurzem für die Lieferung von elektrischem Licht von zwei Installationsgeschäften einen Voranschlag eingeholt. Mit beiden war die Verwendung von absolut einwandfreiem Material vereinbart. Unter gleichen Bedingungen belief sich der Voranschlag der einen Firma auf 978 M., der der anderen auf 540 M.! Dabei sind beide Firmen als durchaus reell und zuverlässig bekannt. Die Schlussfolgerung für den einzelnen Auftraggeber ergibt sich von selbst. Vor allem sollte niemand mehr Aufträge bei freibleibenden Preisen vergeben.

Beitragszahlung und auf die Zugehörigkeit zu den Gewerkschaften. Während am 31. Dezember 1923 noch 806 992 Mitglieder gezählt wurden, waren es am Schluffe des Jahres 1924 nur noch 612 952 Mitglieder. Es bedeutet dieses einen Verlust von über 20 Prozent, während z. B. die freien Gewerkschaften im gleichen Jahre einen Verlust von etwa 30 Prozent zu verzeichnen hatten. Die gesamte Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt läßt sich mit den Angaben des vorhergehenden Jahres nicht vergleichen, da nicht alle Verbände darüber berichtet haben.

Andererseits war das Berichtsjahr das erste, das zur inneren Festigung der Verbände benutzt werden konnte. Die Verbände bemühten sich, ihre Verhandlungsorgane nach Inhalt und Umfang wieder auf den Vorkriegszustand zu bringen und überhaupt wieder mehr für die Schulung der Mitglieder zu tun. Das Jahr 1925 zeigt in den meisten Verbänden ein festiges, wenn auch langsames Anwachsen der Mitgliederzahlen.

Rassenverhältnisse

Die Aufstellung, obwohl nicht ganz lüdenlos, läßt erkennen, daß die Verbände wieder auf dem Wege finanzieller Gesundung sind. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, waren die Verbände am Schluffe der Inflationszeit auch durchweg finanziell erschöpft. Die finanzielle Wiedererstarung zeigt, wie großen Wert die Bewegung auf gesunde Rassenverhältnisse und Finanzkraft legt. Lieber einige Mitglieder weniger und gute Finanzen, als Mitglieder gewinnen auf Kosten der Opferwilligkeit und auf Grund niedriger Beiträge! Eine Durchschnittsberechnung ergibt übrigens, daß bei einigen Verbänden eine Erhöhung der Beitragseinnahmen, pro Kopf des Mitgliedes gerechnet, möglich sein müßte. — Die Gesamtsummen im Jahre 1924 betragen 9 678 740,51 Mark, die Gesamtsummen im Jahre 1923 7 929 875,07 Mark. Für Lohnbewegungen, Streik- und Gemäßregelunterstützung wurden 1 433 621,14 Mark ausgegeben. Unser Verband ist an dieser Summe mit 246 971,98 Mark beteiligt.

Ausblicke

Es bleibt am Schluffe noch ein Wort über die Zukunftsaussichten sowohl im allgemeinen wie auch unserer Bewegung im besonderen zu sagen. Prophezeien ist eine läßliche Sache. Wir weisen es aber weit von uns, mit in den pessimismus einzustimmen, der in weiten Kreisen heute fast zu einer Modephrase geworden ist. Jamern und Klagen ist heute an der Tagesordnung. Es gibt fast keinen Arbeitgeber mehr, der nicht die Lage der deutschen Wirtschaft grau in grau maßt, und es gibt andererseits auch heute wenig Arbeitnehmer mehr, die nicht darüber klagen, daß es früher doch viel besser war wie heute. Beides stimmt nicht und sind ganz gewaltige Übertreibungen. Von Einzelercheinungen und von der Lage in einigen Industriezweigen abgesehen, geht es der deutschen Wirtschaft durchaus nicht so schlecht, wie vielfach behauptet wird. Das deutsche Volk und auch die deutsche Wirtschaft haben nach dem Zusammenbruch glänzende Zeugnisse ihres Könnens abgelegt, was auch im Auslande allgemein zugegeben wird. In einer Reihe von Schweren dürften die Produktionsziffern der Vorkriegszeit nicht nur erreicht, sondern, trotz verkürzter Arbeitszeit, sogar überschritten sein. Auch die Klagen aus Arbeitnehmerkreisen sind oft viel zu wenig von dem Glauben an die Zukunft getragen, der notwendig ist. Sowohl auf politischem wie insbesondere auch auf sozialem Gebiete hat die deutsche Arbeitnehmererschaft heute weit mehr Rechte wie früher. Und wenn auch noch viel zu tun übrigbleibt und insbesondere auf dem Gebiete der Lohnverhältnisse noch vieles im argen liegt, so sind doch bedeutende Fortschritte erzielt worden, und hat man zuzeit in einigen Branchen der Reallohn der Vorkriegszeit nicht nur erreicht, sondern sogar um ein geringes überschritten. Schlecht ist allerdings die Lage im Bergbau und in gewissen Teilen der Großindustrie. Aber alles in allem gesehen, ist der Pessimismus nicht angebracht und es scheint uns notwendig, demselben nachdrücklich entgegenzutreten.

Auch sehen wir nicht pessimistisch bezüglich der Entwicklung unserer Bewegung. Sie hat zahlenmäßig im Jahre 1924 einen nicht unbedeutlichen Verlust erlitten. Wir haben diesen Verlust erwartet, und selbst wenn wir mit in Rechnung stellen, daß die Mitgliederzahlen wieder langsam ansteigen, so wird doch der Rückgang erst in mehreren Jahren wieder einigermaßen auszugleichen sein. In den Inflationsjahren, als eine Lohnbewegung die andere jagte, war eine gewerkschaftliche Erziehungsarbeit nicht möglich. Ein großer Teil der Mitglieder bewertete sein Verhältnis zur Gewerkschaftsbewegung lediglich nach dem Grade und der Häufigkeit der gefährdeten Lohnbewegungen; heute ist das wesentlich anders. Was die Gewerkschaften an Mitgliedern verloren haben, sind weniger die vorwärtsstrebenden und standesbewußten Arbeiter. Letztere und ebenfalls die beruflich und geistig am regsten und strebsamsten sind in der Gewerkschaftsbewegung verblieben. Und wenn diejenigen, die Opfer für ihre beruflichen und für ihre Standesangelegenheiten bringen, schon früher die Elitetruppe der Arbeitererschaft darstellten, so wird das auch in Zukunft außerhalb der gewerkschaftlich organisierten Arbeitererschaft ein größerer Teil zu finden sein, jedoch der ausschlaggebende, beruflich tüchtigste, standesbewußte und regsamste Teil der Arbeitererschaft wird in den gewerkschaftlichen Organisationen liegen. Wir sehen also auch nach der Richtung hin die Verhältnisse durchaus vertrauensvoll, und andererseits sind wir von der Erkenntnis durchdrungen, das besonders die christliche Gewerkschaftsbewegung eine große Zukunftsaufgabe zu erfüllen hat. Nach wie vor sind die Gegensätze innerhalb unseres Volkes und insbesondere die soziale Gegensätze außerordentlich groß. Allein mit gesetzlichen und anderen Mitteln sind die Hebel unserer Zeit nicht zu beheben. Bei dem so ist, bekennt sich auch die christliche Gewerkschaftsbewegung bewußt und gewollt zu einem Programm, welches stark von jütlischen Grund-

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1924

Aus dem Jahresbericht des Gesamtverbandes

Das Jahr 1924 unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht wesentlich von den vorausgegangenen Jahren. Die Beilegung der Inflation machte es den Gewerkschaften möglich, die Arbeit wieder planmäßig und auf längere Sicht einzustellen. Nichtsdestoweniger war aber das Jahr 1924, insbesondere die erste Hälfte desselben, eine Zeit schwerer wirtschaftlicher Bedrängnis und schlechter Wirtschaftskonjunktur. Die Wunden, die vor allen Dingen die feindliche Invasion im Westen und der verlorene Ruhrkampf zurückgelassen hatten, waren zu tief, um schon in kurzer Zeit verarzt zu sein. Die durchgreifenden und in vielfacher Hinsicht rücksichtslosen Maßnahmen, die die Regierung mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes traf, griffen sehr tief in das wirtschaftliche und soziale Leben des Volkes und der Arbeitnehmererschaft ein. Beamtenabbau, härtere Besteuerung der Wirtschaft, Kürzung der Erwerbslosenunterstützung, Arbeitszeitverlängerungen usw., all das waren Maßnahmen, die sich besonders in der ersten Hälfte des Jahres 1924 auswirkten und große Schäden mit sich brachten. Dabei standen die Löhne von der Inflationszeit her zunächst noch außerordentlich tief, und das Meer der Arbeitslosen war zu Beginn des Jahres 1924 noch sehr groß. Das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft litten bei Jahresbeginn ohne Übertreibung noch am Wunde des Abgrundes. Das es gelungen ist, den Zusammenbruch zu vermeiden, die Verhältnisse allmählich wesentlich zu bessern und schließlich eine verhältnismäßig feste Basis wiederzugewinnen, ist ein glänzendes Zeichen für die Kraft des deutschen Volkes und wird vom Auslande allgemein bewundert. Ohne Übertreibung darf gesagt werden, daß die deutsche Arbeitnehmererschaft an der Wiederherstellung einen sehr großen Anteil hat, und daß die Erlangung gesunderer Grundlagen wesentlich nur mit Hilfe großer Volksentscheidungen und Anstrengungen herbeigeführt wurde.

Leider haben sich mit der zunehmenden Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse die sozialen Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sehr verschärft. Unverkennbar wuchs der Widerstand der Arbeitgeber gegen soziale Maßnahmen und gegen die Sozialpolitik überhaupt. Immer härter kam das Verlangen in maßgebenden Arbeitgeberkreisen zum Ausdruck, daß der Staat auf das Eingreifen in die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern verzichten, und daß das freie Spiel der Kräfte entscheiden müsse. Daß die Arbeitgeber besonders in den Revolutionsjahren, als ihre Position gegenüber den Arbeitnehmern nicht so günstig war, einen entgegengeetzten Standpunkt vertraten, wurde nur allzu schnell vergessen. In Kundgebungen wurde die Möglichkeit der Gewährung weiterer Lohnerhöhungen entschieden verneint, gegen die angeblich zu großen sozialen Belastungen angekämpft und die Rückkehr zur Friedensarbeit gefordert. Am härtesten machte sich der Nachdruckpunkt der Arbeitgeber im Ruhrbergbau und in der Großindustrie des rheinisch-westfälischen Industriegebietes bemerkbar. Es darf aber gesagt werden, daß es den Arbeitgebern nicht gelungen ist, ihr Ziel zu erreichen.

Schließlich mit zur Verschärfung der Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hat der Zusammenbruch der Zentralarbeitsgemeinschaft beigetragen. Die Zentralarbeitsgemeinschaft hat sich in den Jahren ihres Bestehens, insbesondere in den Revolutionsjahren, große Verdienste, besonders um die soziale Befriedigung, erworben. Als nun die Arbeitgeber in der kritischen Situation nach dem Ruhrkampf eine Wiederherstellung der Wirtschaft besonders auf Kosten der Sozialpolitik herbeiführen wollten und anstehend nur in sozialpolitischer Reaktion einen Ausweg aus der schwierigen Situation sahen, erklärten die freien Gewerkschaften ihren Austritt aus der Zentralarbeitsgemeinschaft. Die überparteilichen antipolitischen Verbände in Arbeitgeberkreisen, die auch die noch aus der Inflation und Eigenmacht ditiert waren, wurden von den christlichen Gewerkschaften ebenfalls scharf bekämpft. Jedoch blieben sie eines Austritts aus der Zentralarbeitsgemeinschaft für grundsätzlich feindlich. Sie vertreten vielmehr den Standpunkt, daß, jenseits einer sozialen Entfremdung eingetreten und je weniger Gewerkschaftsarbeit vorhanden sei, um so mehr Beschäftigung habe, die Inflationen, die Gemeinwohlarbeit verrichten und Gemeinwohlzeit pflegen sollen, zu fügen und zu fördern. Eine Zerstückelung solcher Einrichtungen würde nur dazu beitragen, den anstehenden Entscheidungen noch mehr Wasser auf die Mühlen zu gießen. Es darf natürlich auch nicht vergessen werden, daß ein erheblicher Teil der freien Gewerks-

schaften von jeher grundsätzlich scharfe Gegner der Arbeitsgemeinschaft waren, und dieser Teil bekam in der Zeit des sozialpolitischen Rückschlages innerhalb der freien Gewerkschaften die Oberhand. So ist also letzten Endes die Zentralarbeitsgemeinschaft an den Extremen auf beiden Seiten, sowohl im Arbeitgeber- wie auch im Arbeitnehmerlager, gescheitert. Da der D. G. B. und die christlichen Gewerkschaften nicht aus der Zentralarbeitsgemeinschaft ausgetreten sind, besteht, theoretisch gesehen, die Zentralarbeitsgemeinschaft mit dem D. G. B. noch weiter. Praktisch ist aber kein Boden für eine fruchtbare Arbeit vorhanden. Die christliche Gewerkschaftsbewegung hält an dem Grundgedanken der Arbeitsgemeinschaft fest und wird jede Möglichkeit, die sich zu einer praktischen Wiederbelebung des Arbeitsgemeinschaftsgedankens bietet, nachdrücklich fördern. Die Aussichten nach dieser Richtung hin sind aber zurzeit nicht günstig. Soweit wir sehen, dürfte vielleicht vorerst nur Aussicht auf gelegentliche Ausprägungen der Spitzenverbände der Arbeitgeber wie auch der Arbeitnehmer bestehen.

Die starken innerpolitischen und parteipolitischen Strömungen, die mehrere Wahlsämpfe mit sich brachten, übten, bei der Zusammenfassung der christlichen Gewerkschaftsbewegung, nicht ohne Stimmungsrückwirkung. Es gelang aber, die Geschlossenheit der Bewegung zu fördern, kamen meistens von Außenstehenden, entweder von konfessioneller oder parteipolitischer Seite. Die Kölner Vertretertagung der christlichen Gewerkschaften betonte gegenüber allen Versuchen, die Geschlossenheit der Bewegung zu beeinträchtigen, in einer grundsätzlichen Entschlieung nachdrücklich die konfessionelle und parteipolitische Neutralität der Bewegung. Von den in den Parlamenten und in den einzelnen Parteien tätigen Mitgliedern aus der Bewegung muß erwartet werden, daß ihnen das Programm der Bewegung an erster Stelle steht. Die Versuche, evangelische Gewerkschaften zu gründen und für diesen Gedanken die evangelischen Führer und Mitglieder in der christlichen Gewerkschaften zu gewinnen, blieben ohne Erfolg und scheiterten besonders an der Treue der evangelischen Führer und Mitglieder in den christlichen Gewerkschaften. Die gelbe, wirtschaftsfriedliche Bewegung hat im Berichtsjahre, besonders in Mitteldeutschland, wo infolge des kommunistischen Radikalismus in den Revolutionsjahren eine große Verwirrung zurückgeblieben ist, mit Hilfe besonderer Arbeitgeberförderung etwas mehr Boden gewonnen. Eine ernsthafte Vertretung von Arbeitnehmerinteressen ist von der Bewegung nicht zu erwarten. Im Gegenteil: es gibt kaum eine Maßnahme der Arbeitgeber, die von den Selben nicht verteidigt wird. Diese Methode führt — wie die Vergangenheit bereits bewiesen hat — dahin, daß in den Betrieben oder Bezirken, wo die Geiben länger domizilieren, in kritischen Situationen letzten Endes aus den wirtschaftsfriedlichen Fasziisten extreme Rassenkämpfer werden.

Im Berichtsjahre jährte sich zum 25. Male der Tag des Mainzer Kongresses, der als Gebarstag des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften angesehen werden kann. Die Jubelfeier fand in Köln statt. In Rassen waren die christlichen Arbeiter nach Köln gestromt, um ihre Treue zur christlichen Gewerkschaftsbewegung in aller Deutlichkeit gemeinsam zu bekunden. Im Anschluß an die Jubelfeier fand eine öffentliche Vertretertagung der christlichen Gewerkschaften statt, an der über 100 Delegierte der dem Gesamtverbande angeschlossenen Verbände teilnahmen. Unsere Stellung zu den politischen und geistigen Strömungen der Gegenwart und zur Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde nach ausführlichen Referaten grundlegend behandelt und in einer Reihe von Entschlieungen niedergelegt. Im Laufe fanden die Kölner Jubiläumsveranstaltungen lauten Widerhall und in einer großen Reihe von Orten fanden ebenfalls glänzend verlaufene Kundgebungen als würdiger Abschluß einer 25jährigen Tätigkeit statt.

Mitgliederbewegung

Die Nachwirkungen der Wirtschaftskrise und Ruhrbelegung machten sich im Laufe des Berichtsjahres auch weiterhin in der Mitgliederbewegung bemerkbar. Es war, wie auch bei den anderen Gewerkschaftsrichtungen, nicht unbedeutliche Verluste zu verzeichnen. Die Einschränkungen der Betriebe und der damit verbundene Abbau von Arbeitnehmern, ferner die Umstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse nach der gewerkschaftlichen Arbeit blieben nicht ohne Einfluß auf die

fähen und Ewigkeitswerten getragen ist. Und gerade im Wirtschaftsleben und in den Beziehungen der Menschen untereinander fehlt es an dem im Eitlichen wurzelnden Gefühl der gegenseitigen Schicksalsverbundenheit und dem Bekenntnis zum Ausgleich der Interessengegenstände im Sinne des Gemeinschaftsgedankens. Gerade die ethischen und sittlichen Grundlagen, zu denen die christliche Bewegung sich bekennt, sind geeignet, in hervorragender Weise sozialen Gemeinschaftsgeist zu wecken und Bahnbrecher einer von solchem Geiste getragenen Zukunft zu sein.

Allgemeine Rundschau

Sozialdemokratie und Zukunftsstaat

Nachdem sowohl Sozialdemokratische Partei als freie Gewerkschaften eingesehen haben, daß sich der sozialdemokratische Zukunftsstaat nicht durch einen Gesetzgebungsakt, etwa als Staatssozialismus mit einem Schlagschiffen läßt, betonen sie neuerdings in einer gewissen Harmonie die Notwendigkeit eines mehr allmählichen Hineinwachsenden in die sozialdemokratische Zukunfts-gesellschaft. Die Wege in diese führen nach ihnen über „Gemeinwirtschaft“ und „Wirtschaftsdemokratie“.

Zu diesem Zwecke wird in dem zweiten Teile des neuen Heidelberger Parteiprogramms, das die praktischen Forderungen an den Gegenwartsstaat enthält, verlangt die „Kontrolle des Reiches über die kapitalistischen Interessengemeinschaften“, und darin offenbar der Ueber-gangszustand vom privatwirtschaftlichen zum gesellschaftlichen Eigentum gesehen. Von der entgegengelegten Seite, von den Arbeitnehmern selbst, nimmt die Aus-gestaltung der wirtschaftlichen Demokratie ihren Ausgang, d. i. die „Ausgestaltung des wirtschaftlichen Rätesystems zur Durchführung eines Mitbestimmungsrechtes der Arbeiterklasse an der Organisation der Wirtschaft unter Aufrechterhaltung des Zusammenwirkens mit den Gewerkschaften“.

Als Endziel bleibt dann die im grundsätzlichen Teil des neuen Parteiprogramms genannte „Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktions-mitteln in gesellschaftliches Eigentum“ als der eigentliche Sozialismus. Kritisch bemerkt hierzu Dr. Max Quaref in den „Sozialistischen Monatsheften“ (1925, Oktobernummer): „Hier ist vielleicht die entscheidende Lücke der Heidelberger Programmierung. Es wird mit keinem Wort gesagt, wie sich diese Verwandlung voll-ziehen soll. Ferner bleibt unentschieden, ob die Werk-zeuge für die landwirtschaftliche Kleinproduktion aus-genommen werden. Die Methoden der Verstaatlichung sind nicht umschrieben. Blauht man mit der direkten Sozialisierung vorgehen zu können, nachdem der Arbeiter sich besser für die Leitungsfunktion vorbereitet hat? Wird der Weg der genossenschaftlichen Eröberung der Produktion vorgezogen, obgleich er sehr langwierig sein dürfte? Oder besteht aus einer Mischung dieser ver-schiedenartigen Wege das richtige Vergegenständlichungs-rezept? Nebenfalls erscheinen auch Quaref die eben mit-geleiteten Forderungen des zweiten Teiles des neuen Programms nicht geeignet und genügend, um eine einigermaßen erschöpfende Antwort über das „Wie“ des sozialdemokratischen Zukunftsstaates zu geben.“

Mit Recht betont aber dieser Kritiker, daß in dem neuen Parteiprogramm „die Erziehung der soziali-schen Menschen zur Gemeinwirtschaftlich-keit unbekannt bleibt“. Hier haben wir einen Rück-schritt der Sozialdemokratie gegenüber dem Göttinger Parteiprogramm von vor drei Jahren festzustellen. Dieses Programm war ohne Zweifel fortschrittlicher als das von Heidelberg. Forderte es doch nicht in erster Linie die Sozialisierung als einen neuen wirtschaftlichen und sozialen Zustand, sondern als „die Erneuerung der Gesellschaft im Sinne des sozialistischen Gemein-sinnes“. — Hier wird die heutige Sozialdemokratie auch bei ihren Massen einsehen müssen, wenn sie dem heute noch nebelhaften Zukunftsstaat wirklich näher-kommen will. Auch für sie gilt die Parole: Nicht lediglich Zuständereform, sondern Ge-sinnungsreform, nicht zuletzt auch in ihren Kreisen!

Gewerkschaftsspielerei

Es ist nachgerade an der Tagesordnung, daß sich in irgendeinem Landesteile unseres Vaterlandes ein neuer gelber Gewerkschaftsladen aufzut. Sie spotten ihrer selbst, da sie ihre älteren Bruderinnungen mit den schärfsten Anklagen ablehnen und gleichzeitig als ihren Hauptprogrammpunkt den „Zusammenbruch“ aller auf vaterländischem Boden stehenden Arbeiter aufstellen. Auch sonst stimmen sie in wesentlichen Dingen überein. Nur daß ihr gewerkschafts- und arbeitereidliches Herz durch einen in den verschiedensten Regendogenarten schillernden äußeren Anstrich verbräunt wird.

So fand u. a. vor kurzem in Hannover eine Lesung zwischen Delegierten der verschiedenen nationalen Verbände statt, die von der Spitze des „Deutschen Vorwärts“ in Hannover einberufen war und den Zweck verfolgte, eine nationale Gewerkschaft zu gründen. Der Einladung hatten Folge gelassen: Der Werkverein der Daktel-Werke Hannover, der Deutsch-nationale Arbeiterbund, der Deutsche Arbeiterbund, der Jungdeutsche Orden, die Deutschvölkische Partei und ver-schiedene kleinere Gruppen. Das Resultat hielt ein ge-wisser Herbst, der seine Bedeutung bereits an vielen Stellen an den Mann zu bringen vergebens sich bemüht hatte. Er sagte von sich selbst, daß er 23 Jahre „freier“ Gewerkschaftler und 20 Jahre Sozialist gewesen sei, während des Krieges als NSD-Mann aufgetreten und zuletzt bei den Kommunisten gelandet wäre. Von dem Moskauer Internationalismus getrieben, sucht er nun-mehr sein Heil in einer neuen Gewerkschaftsgründung. Dr. Braunschweiger und Magdeburger Richtung lehnt er

Am 21. Nov. 1925 ist der siebenundvierzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1925 fällig.

ab und stellt für die zu gründenden „Bereinigten Land-smannschaften Deutschlands“ Richtlinien auf, die u. a. besagen, daß „Landmann“ nur derjenige werden könne, der deutschen Blutes sei. Dann wird die Durchführung von Inderlöhnen verlangt, Ankauf von Aktien, Aus-weisung aller ausländischen Arbeiter, Urbarmachung und Zulassung zu den höchsten Stellen des Staates. Ver-gewaltigt man nach einem Gedanken, der wenigstens Originalität beanspruchen könnte und wird unwillkürlich erinnert an das Goethewort: „Braub ein Ragout aus anderer Schmaus und läßt die kümmerlichen Reste des eigenen Aschenhäufchens aus“. — Die Vertreter des Deutschnationalen Arbeiterbundes und des Jungdo-lehnten die Neugründung ab, während die übrigen An-weienden die Richtlinien annahmen.

Die Aufblähung des Produktions- und Verteilungsapparats seit dem Krieg

Folgende, im „Magazin der Wirtschaft“ abgedruckte Tabelle gibt ein Bild von der Aufblähung des Pro-duktions- und Verteilungsapparats. Demzufolge be-standen am Ende der Jahre

	1913	1924	Stillesches 1924/13
Aktiengesellschaften	4.773	17.074	3,6
Gesellschaft m. b. H.	25.448	79.257	3,1
Genossenschaften	34.568	52.326	1,5

Im gleichen Zeitraum vermehrte sich die Gesamt-bevölkerung des verkleinerten Reichsgebietes um etwa 4 Prozent, die Zahl der Erwerbstätigen um etwa 8 Prozent. Wie weit die Aufblähung des Verteilungs-apparats gediehen ist, könnte nur eine Statistik der Neueintragungen im Handelsregister feststellen, die lei er nicht vorhanden ist. Die über Berlin veröffentlichten Ziffern zeigen zum Beispiel die enorme Zunahme der Handels-geschäfte. In Lübeck zum Beispiel hat sich die Zahl der Handelsfirmen um 45 Prozent vermehrt. Die Zahl der Konturste überstieg vor dem Krieg monat-lich 800, gegenwärtig wurde aber diese Zahl trotz der riesigen Zunahme der Firmen und der schlechten Wirt-schaftslage nur in ein oder zwei Monaten erreicht. Ein Zeichen dafür, daß viele ungesunde Wirtschafts-betriebe auf Kosten des Gesamtvolkslebens mit-geschleppt werden. Treffend stellt Dr. Bruno Rau-cker in einem Artikel in der „Sozialen Praxis“ über den Preisabbau — wo er im übrigen die Hauptschuld an der Teuerung der Preispolitik der Kar-telle zuschreibt — dieser Aufblähung des Pro-duktions- und Verteilungsapparats den Abbau der Arbeitnehmer entgegen, indem er sagt:

„Die Geduld der Arbeiterschaft ist allmählich erschöpft. Sie hat es mitansehen müssen, wie die Wirt-schaft sich durch den Krieg und die Nachkriegszeit in schwerem Kampfe gewirkt, doch immerhin in einem keines-wegs dezimierten, sondern reichlich, ja geradezu unan-gewessenen „aufschblühendem“ Zustand hindurch finden hat, und zwar, was die Gesamtzahl ihrer Betriebe, wie den Ausbau der Einzelunternehmungen anbelangt, während sie selbst in einem hilflosen und immer wieder vergeb-lichen Kampf gegen das dauernde Absinken ihrer Kauf-kraft und gegen die hieraus folgenden Begleitererhem-nungen lag. Sie hat einen rücksichtslosen Abbau der Men-schen, der Arbeiter, der Angestellten, der Beamten über sich ergehen lassen, ohne daß diesem Abbau des leben-digen Produktionsfaktors der Abbau des toten, der Sachwerte, bisher gefolgt wäre. Der Mensch wurde „ausgefäimt“ aus den Betrieben; der Gemeinschaft, dem Vaterland, willig geopfert, die „Substanz“ aber jener mit mythologischer Ehrfurcht umkleidete Wert, wurde immer wieder verschont.“

Krise des Kapitalismus

Wie der Berliner Nationalökonom Professor Dr. Bonn im „Berl. Tageblatt“ (Nr. 530/1925) ausführt, fiert der deutsche Kapitalismus nach der Sozialisierungs- und Inflationskrisis zum dritten Male in eine ernste Krise hinein. Der Kapitalismus habe auch in der Ver-gangenheit Krisen auf Krisen ertragen müssen, die er da-durch zu überwinden gesucht habe, daß er mit den Preisen herunterging. Jetzt lehne er die Vorstellung ab, daß zum Kapitalismus die Pflicht, Verluste zu tragen, ebenso gehöre, wie das Recht, Ge-winne einzuscheiden. Wenn sich das Risiko völlig aus der Wirtschaft ausschalten lasse, so sei der Kapita-lismus als Wirtschaftsform überflüssig.

In einem zweiten Aufsatz („Berl. Tageblatt“ Nr. 534/1925) befaßt sich Bonn mit den Konsequenzen, die die Subventionierung der Wirtschaft mit Staatsgeldern für das System dieser Wirt-schaft haben müsse. Durch Zuzill sei die Regierung der größte Geldgeber geworden. Wenn es den Wirtschafts-politikern der Regierung Luther gelungen wäre, den Kapitalmarkt gestaltend zu kontrollieren und durch Diskontierung eine Politik des systematischen Preisabbaus in einem Wirtschaftskörper vorzunehmen, der überall monopolistisch gebunden sei und von dem jeder Zu-bau des freien Wettbewerbs ferngehalten worden wäre, dann seien Möglichkeiten auch zu einer weitgehenden Sozialisierungsbewegung gegeben. Der Staat sei heute überall der Herr in der Welt, der unabhngliche Teilhaber der Wirtschaft. Wenn das Monopolsystem des Kapitalismus durch behörd-liche Eingriffe von den gleichen Quellen, die seinen Bestand ermöglichen und garantieren, so gehandhabt werden könne, daß es zu Preisentwertungen führe, dann habe in der Tat die Totenglocke des Kapitalis-mus geschlagen. —

Der problematische Konzernbetrieb

In einem Artikel „Konzern und Persönlichkeit“ im „Han. Kur.“ (Nr. 508) führt Risse aus, es komme aus-schließlich auf die Persönlichkeiten an, die innerhalb eines Konzerns tätig sind, wenn man wissen wolle, ob der Konzern etwas verdienen werde oder nicht. Bei den Gesellschaften seien die wenigsten Rückschläge eingetreten, die sich in irgendeiner Form in Besitz der Leiter befänden. Nur an der Tatsache des häufigen Verjagens der leitenden Beamten habe es gelegen, wenn heute der Konzerngedanke sozusagen ausgelöscht werde. Vorbedingung der Konzernbildung sei Zuver-lässigkeit.

Nach einem Bericht der „Köln. Volksztg.“ (Nr. 870) wird heute mehr denn je die Eisenwirtschaft pro-blematisch betrieben. Der Kernpunkt dürfte darin zu suchen sein, daß in den meisten Kreisen der Sinn für normale Betätigung noch nicht wieder eingezogen sei. Das habe seine natürliche Begründung darin, daß der Wirtschaft die so nötige Freiheit immer noch fehle. Wir hätten zu gewärtigen, daß unsere Wirtschaft nicht gesunde, wenn die Fragen wegen der Erzeugung in die zweite Stelle gerückt würden. Die Geldmenschen seien es, die auch in unserer Eigenwirtschaft sehr üble An-gewohnheiten zur Gewohnheit werden ließen. Obwohl im Verhandelssystem schon eine rückläufige Bewegung eingesetzt habe, wolle man in gewisser Beziehung mit aller Gewalt den Verkauf immer noch weiter organi-sieren. Die Marktlage erscheine angesichts der schwierigen geldlichen Verhältnisse ungewisser als je. Einzelbe-triebe könnten und würden viel schneller sparsamer wirken, wenn es der Augenblick erfordere, als ein Konzernbetrieb.

Geschenke statt Lohn?

Es gibt mannigfache Wege, den „unmoralischen“ Tariflöhnen zu Leibe zu gehen. Zu den altbekanntesten gesellt sich nun ein neuer, den vorerst nur der Philosophie-professor Dr. Georg Mehlis von der Universität Freiburg — ob mit oder ohne Auftrag, bleibe dahingestellt — geht. Nach einem Artikel im „Arbeitgeber“ (21/1925) soll der Unternehmer im Zukunftsstaat die Würde des weltlichen Herrschers übernehmen. In naiver Selbst-freudigkeit plaudert Mehlis davon, daß es ein moralisch indifferentes Verhältnis sei, wenn der Arbeiter für seine Arbeit das Äquivalent des Lohnes eintausche. Viel moralischer sei es, wenn der Arbeitgeber die Rolle des freiwillig Gebenden spiele. Aber leider, „woll das soziale Mißtrauen, das in unserer Zeit so sehr lebendig ist, alles genau festgestellt haben als gültiges Recht, das bean-sprucht werden kann, und nimmt dadurch dem Gebenden die Freude des Gebärens- und Geschenkgebens“.

Liebster Herr Professor! Wenn es schon Geschnack-sache ist, sich das, was einem rechtlich und moralisch zusteht, schenken zu lassen, so dürfen Sie glauben, daß die Unternehmer von der Freude des Gebens so wenig halten, daß die Arbeiter an der nicht ausgekosteten Freude zugrunde gehen. Darin haben Sie recht, daß es die Sache des edlen und vornehmen Menschen sein wird, mehr zu geben, als von ihm verlangt wird. Und wir haben als Tariflohnanhänger immer betont, daß die Tariflöhne das Mindestmaß dessen darstellen, was bezahlt werden muß. Wir wissen aber auch aus Er-fahrung, daß edle Vornehmheit in Ihrem Sinne eine Tugend ist, die die Arbeitgeber am wenigsten besitzen. Ihre guten Absichten in allen Ehren, Herr Professor. Aber lassen wir's schon lieber beim alten. Aber vielleicht jagen Sie einmal an und lassen sich von Ihrem Arbeitgeber, dem Staate, kein Gehalt, sondern nur noch Geschenke auszahlen!

Tarifbewegung

Der Lohnkampf

im westdeutschen Baugewerbe beendet!

Am 10. November 1925 hat das Reichsarbeits-ministerium den Schiedsspruch für das Baugewerbe in Rheinland und Westfalen vom 4. November 1925 für verbindlich erklärt. Daher haben unsere Berufscollegen den ihnen von den Schlichtern aufgezwungenen Kampf aufgehoben und sich am 11. November wieder zur Arbeit gestellt.

Nach Beendigung dieser Bewegung hatten wir es für erforderlich, in kurzen Zügen über die Entstehung und den Verlauf dieses Lohnkampfes zu berichten.

Die letzte Lohnregelung für die Bauarbeiter in Rhein-land und Westfalen erfolgte am 22. Mai 1925, und zwar durch freie Vereinbarung. Sie hatte Gültigkeit bis zum 30. September und konnte erstmalig am 1. September gekündigt werden.

Trotzdem seit dem Monat Mai die Preise um mehr als 7 Prozent gestiegen waren und die Bauarbeiterlöhne in allen Städten, die mit den rheinischen und west-fälischen Städten in Vergleich gezogen werden können, den erhöhten Preisen angepaßt waren, beschloßen die Bauarbeiterverbände, die Lohnvereinbarung nicht zu kündigen. Anders handelten jedoch die Bauarbeiter-verbände. Sie kündigten unter Lohnabkommen mit Wir-tung zum 30. September 1925 und bemerkten in ihrem Kündigungsschreiben, „die Verbände beabsichtigen, von diesem Zeitpunkte ab eine den wirtschaftlichen Verhält-nissen entsprechende Neuregelung der Lohn- und Arbeits-verhältnisse vorzunehmen“.

Da die von den Arbeitgeberverbänden angekündigten Anträge nicht gingen, forderten die Bezirksleiter, daß so schnell wie möglich neue Verhandlungen statt-fänden, und zwar unter Leitung des rndigen Schlichters für Rheinland und Westfalen, wie das im Mai zwischen den Parteien vereinbart worden war.

Die Unternehmer erklärten sich bereit, am 5. Oktober mit uns zu verhandeln, lebten es aber entschieden ab, daß diese Verhandlung von dem Schlichter, Herrn Amts-gerichtsrat Dr. Joetten, geleitet würden.

Gleich nach Beginn der Verhandlung vom 5. Oktober überreichte uns der Vorsitzende des Rh. Westf. B. B., Herr Ziegler, die Währungsanträge der Unternehmer, wonach die Löhne der Facharbeiter im Rheinlande und im Bergischen Lande um 13 Pfg. und in dem Industriegebiete, im Münster- und Sauerlande, sowie in Sippstadt und Raderborn um 18 Pfg. pro Stunde reduziert werden sollten.

Nachdem die Bezirksleiter diese Anträge geprüft hatten, überreichten sie den Vertretern der Arbeitgeberverbände die Anträge der Bauarbeiter, wonach diese für das Rheinland, für das Bergische Land, und für das Industriegebiet einen Facharbeiterlohn von 1,25 M. pro Stunde, und diese Lohnregelung bis zum 31. März 1926 forderten. Als die Unternehmervertreter von dieser Forderung Kenntnis genommen hatten, erklärten sie die Verhandlungen für gescheitert.

Die Bezirksleiter richteten noch an demselben Tage an die Schiedsstelle für das Baugewerbe in Berlin den Antrag, sobald wie möglich über den Lohnstreit in Rheinland und Westfalen zu verhandeln und eine Entscheidung zu fällen. Bereits am 10. Oktober fanden in Berlin die geforderten Einigungsverhandlungen statt. Da auch hier die Unternehmer darauf bestanden, daß unsere Facharbeiterlöhne um 3 bzw. 18 Pfg. reduziert würden, war eine Einigung zwischen den Parteien nicht möglich, und am 11. Oktober wurde ein Schiedsspruch gefällt, nach dem die bisherigen Stundenlöhne in den rheinischen und bergischen Bezirken um 1 bis 2 Pfg. erhöht werden und in den übrigen Bezirken die am 22. Mai vereinbarten Stundenlöhne bis zum 31. Januar 1926 bestehen bleiben sollten. Dieser Schiedsspruch wurde von den Arbeitgeberverbänden abgelehnt. Daher richteten die Bezirksleiter der Bauarbeiterverbände an das R. A. B. den Antrag, den Schiedsspruch für verbindlich zu erklären.

Am 27. Oktober 1925 fanden in Berlin Nachverhandlungen statt, die zu keinem Ergebnis führten.

Durch Schreiben vom 29. Oktober triftte uns der Schlichter, Herr Amtsgerichtsrat Dr. Goetten, mit, daß der Ministerialrat Dr. Mewes fernmündlich berichtet habe, daß für den Antrag auf Verbindlichserklärung des Schiedsspruchs im Baugewerbe der Schlichter für Rheinland zuständig sei, weil der Spruch von einer vereinbarten Schiedsstanz gefällt sei. Gleichzeitig lud er zu einer Verhandlung zum 31. Oktober 1925 ein. Auch diese Verhandlung, woran der Rhein. Westf. Baugewerbeverband und der Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes, Sektion Essen, nicht teilnahmen, verlief ergebnislos.

Am 2. November 1925 teilte der Schlichter den Parteien wörtlich folgendes mit: "Die Verbindlichkeit mußte verjagt werden, da die tatsächlichen Voraussetzungen des § 6 Abs. 1 Schlichtungsordnung nicht vorliegen; insbesondere erscheint es nicht tunlich, durch staatliche Zwangsmaßnahmen die Lohnspanne zwischen den rheinischen und den anderen Bezirken zu vergrößern."

Trotzdem die Schlichtungsverhandlungen noch nicht beendet waren, kündigten die Mitglieder des Rh. B. B. ihre Arbeiter mit Wirkung vom 23. Oktober abends zum 24. Oktober abends. Gleichzeitig stellten sie es ihren Arbeitern erheim, am 26. Oktober 1925 die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn sie sich mit einer Lohnabkürzung von 14 Pfg. pro Stunde für Facharbeiter einverstanden erklären wollten.

Selbstverständlich beschloßen die Bauarbeiterverbände, daß bei allen Firmen, die einen Lohnabbau angekündigt hatten, am 26. Oktober die Arbeit nicht wieder aufgenommen werden durfte.

Trotzdem die Unternehmer in der Rheinprovinz, im Bergischen und im Münsterlande sich an diesen Maßnahmen nicht beteiligten, kamen bereits in den ersten Tagen rund 1500 Kollegen in den Kampf.

Daher lud der Schlichter die Parteivertreter zum 1. November erneut zu Verhandlungen ein. Auch in dieser Verhandlung forderten die Unternehmer nachdrücklich den Abbau der Löhne, und als schließlich der Schlichter, Herr Dr. Goetten, in der Schlichterkammer auf die Parteien einwirkte, sich zu verständigen und andererseits Konzessionen zu machen, da erklärten die Unternehmervertreter, daß sie ihn, also den Schlichter, für besonnen erklären müßten. Herr Dr. Goetten machte die Arbeitgeber darauf aufmerksam, daß sie wohl das Recht hätten, ihn für besonnen zu erklären, aber wenn sie hieraus Gebrauch machen wollten, dann hätte dieses gleich zu Beginn der Verhandlungen geschehen müssen.

Folgt dem Verhalten der Unternehmer kam es auch dieses Mal zu keiner Einigung, und dann wurde folgender Schiedsspruch gefällt:

1. Das am 2. Mai 1925 in Berlin geschlossene Lohnabkommen wird mit Wirkung von der laufenden Lohnwoche ab wieder in Kraft gesetzt, und zwar mit der Maßgabe, daß die Kündigungsermächtigung am 15. Januar 1926 zum Monatschluß und von da ab vierzehntägig erfolgen kann.

2. Erklärungstrieb: 5. November, 5 Uhr nachmittags. So die Unternehmer auch diesen Schiedsspruch ablehnten, stellen die Bezirksleiter abermals den Antrag, den Schiedsspruch für verbindlich zu erklären.

Das R. A. B. subnete zum 9. November nochmals Nachverhandlungen an, und als auch hier, infolge des Verhaltens der Unternehmer, keine Einigung zu erzielen war, erklärte es am 10. November den Schiedsspruch vom 4. November 1925 für verbindlich.

Als diese kurzen Darlegungen läßt sich erkennen, weshalb ungeheure Schwierigkeiten die Bauarbeiter im Bauarbeiterlager aus bei dieser Bewegung gemacht haben, und daß sie verzweifelte Maßnahmen machten, um weiteren Berufscollegen ihren bisherigen Lohn ganz gewaltig zu kürzen.

Erkenntlicherweise ist es uns gelungen, diesen brutalen Kampf abzuwehren. Wir wollen aber daran denken, daß diese Lohnregelung nur bis zum 31. Januar 1926 Gültigkeit hat. Voraussichtlich werden dann die Unternehmer erneut versuchen, uns unsere Löhne zu kürzen und unsere Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Daher

ist es die Pflicht eines jeden Berufskollegen, bereits heute für die nächste Lohnbewegung zu rüsten und dafür zu sorgen, daß unsere Organisation immer mehr gestärkt und unsere Finanzen vermehrt werden.

Bezirk Münster

Am 3. November fanden in Bremen für das Tarifgebiet Unterweser-Emis-Bezirk neue Verhandlungen statt, da der am 11. Oktober erfolgte Schiedsspruch von uns abgelehnt wurde. Die Unternehmer hatten, nachdem einige Bauplätze in Bremen verhängt waren, die Gesamtaussperrung beschlossen. Gleichzeitig hatten sie jedoch auch einen Antrag auf Verbindlichserklärung des Schiedsspruches vom 11. Oktober gestellt. Die Einigungsverhandlungen leitete der Schlichter für die Provinz Hannover, Herr Regierungsrat Gärtner. Das Ergebnis war eine Vereinbarung dahingehend, daß der Stundenlohn in der ersten und zweiten Ortsklasse um 2 Pfennig für die Facharbeiter und 1 Pfennig für die Hilfsarbeiter gegenüber dem Schiedsspruch vom 11. Oktober erhöht wurde. Nach dieser Vereinbarung beträgt der Lohn in

Lohngruppe 1 für Facharb.	1,14 M.	Hilfsarb.	1,01 M.
2	1,08		0,97
3	0,99		0,89
4	0,92		0,83

Diese Vereinbarung hat Gültigkeit bis zum 31. Januar 1926. Durch diese Vereinbarung ist der Schiedsspruch verbessert, die angekündigte Aussperrung verhindert und die Bauplätze sind aufgehoben worden. Wir sehen bei einem Vergleich mit dem Verhalten der Unternehmer in Rheinland und Westfalen hier doch etwas mehr Verständnis für die Lage der Bauarbeiter. Die Ursache liegt allerdings in der streifen Organisation und Disziplin der Bauarbeiterchaft.

Aus dem Verbandsleben

Kassel. In unserer Versammlung am 30. Oktober sprach Kollege Herrmann über die gegenwärtige wirtschaftliche und soziale Lage. Er ging aus von den Ereignissen, die sich in Rheinland und Westfalen abspielten, wo man den Bauarbeitern zumutet, sich einem Diktat der Unternehmer zu fügen, das einen Lohnabbau bis zu 14 Pfg. die Stunde vorsieht. Kollege Herrmann betonte, daß bei der Einstellung unserer Kasseler Unternehmer wir mit denselben Schikanen zu rechnen haben, sobald unsere jetzige Vereinbarung abgelaufen ist. Denn das, was den Herren in diesem Jahre trotz Drohung mit der Generalaussperrung und trotz zehn- bis zwölfwöchentlichen Aussperrungen in verschiedenen Bezirken nicht gelungen ist, glauben sie jetzt mit Hilfe des Rinters erreichen zu können. Wir haben gar keine Ursache, zu verzagen und werden unseren Mann stehen, genau wie im Sommer. Die Unternehmer rechnen mit den durch die langen Kämpfe in diesem Jahre geschwächten Kräften der Bauarbeiterverbände. Daher kommt es für uns darauf an, daß wir alles daransetzen, um unsere Kräfte wieder zu stärken, und daß jeder, ehe er in seine Heimat abreist, den Verpflichtungen der Organisation gegenüber auch in bezug auf die Extraleistungen nachgekommen ist. Die Unternehmer wollen sich im Winter den Boden für ihre Frühjahrsoffensive bereiten, und da müssen wir ganz große Eier sein, wenn wir in Erwartung dieser Offensiven müßig wären und unsere Stellungen nicht ausbauen. Stehe jeder einzelne seinen Mann und tue seine Pflicht, dann können wir getrost in die Zukunft schauen. Die Unternehmer des Bauzwerbes aber sollten sich bereits daran gewöhnen haben, daß bei den Bauarbeitern Bange-machen nicht gilt.

In der Diskussion wurde betont, daß durch den außerordentlichen Streik unserer Kollegen schon große Opfer entstanden sind. Es wurde aber zum Ausdruck gebracht, daß man der Organisation nichts vorzuziehen will, was sie haben muß. Es sei aber auch nötig, daß eine Änderung des § 28 Abs. 7 unseres Statuts vorgenommen werde, denn da würde mit zweierlei Maß gemessen. Es sei eine unbillige Härte für die Kollegen, die nun einmal gezwungen sind, ihr Brot in der Fremde zu suchen, daß sie bei denselben Pflichten nicht dieselben Rechte haben sollen, wie der Kollege hat, der am Platze seiner Arbeitsstelle wohnt. Der Zentralvorstand sowie der Verbandsausschuß müssen in der Lage sein, diesen Abjag zu freieren oder ihn außer Kraft zu setzen, wenigstens insoweit es sich um Kollegen handelt, die während eines Kampfes von der Streikleitung die Genehmigung zur Abreise in ihre Heimat erhalten haben.

Die Versammlung beauftragte den Kollegen Herrmann, in diesem Sinne sich mit dem Zentralvorstand in Verbindung zu setzen und über das Ergebnis in der nächsten Versammlung zu berichten.

Bemerkung der Schriftleitung: So einfach, wie die Kasseler Kollegen anzunehmen scheinen, liegt die Sache nicht. Wir kommen auf die ihrem Sinne entgegenstehenden tatsächlichen Bedenken in der nächsten Nummer ausführlich zurück.

Hann. Münster. Am Freitag, 6. November, fand unsere erste Mitgliederversammlung nach Beendigung des Streiks statt. Kollege Herrmann aus Kassel sprach über den Streik, seine Erfolge und die aus ihm sich ergebenden Lehren. Der Redner betonte, daß das Ergebnis dieses Streiks in keinem Verhältnis zu den Opfern steht, die die Mitglieder gebracht haben, und daß, wenn der Streik als Waffe noch fernerhin Bedeutung haben soll, man nicht so leichtfertig damit umgehen darf, wie es hier geschehen ist. Einige Vorwürfe die in der Streikversammlung gegen uns als christlicher Bauarbeiterverband erhoben wurden, wurden von dem Kollegen Herrmann als Demagogie bezeichnet und richtiggestellt. In der Diskussion sprachen sich alle Kollegen dahin aus, mitziehen zu wollen, daß auch in Hann. Münster der Zentralverband christlicher Bauarbeiter weiter ausgebaut und zahlenmäßig gestärkt wird.

Volkswirtschaft

Die Veränderung der Kaliblastmärkte. Die außerordentlich hartnäckigen Bemühungen der Kalifabrikanten der Vereinigten Staaten und die soeben gemeldeten, bisher noch nicht bestätigten Erfolge hinsichtlich der Bildung synthetischen Stickstoffs lassen es angebracht erscheinen, auf die Veränderungen innerhalb der Absatzgebiete deutscher Kalisalze aufmerksam zu machen. Abgesehen davon, daß die Vorkriegsausfuhr mit 1676 187 Tonnen (1913) weder 1923 in dem Inflationsexportjahr, noch viel weniger 1924 auch nur annähernd erreicht wurden, sind große Veränderungen in der Stellung der einzelnen Kalibezieher eingetreten. Im Jahre 1912 beispielsweise, das noch nicht einmal die hohe Ausfuhrziffer von 1913 in Kali aufwies, bezogen die Vereinigten Staaten von Amerika 650 299 Tonnen Kalisalze für 17,3 Millionen Mark. Die Ziffer ist im Inflationsjahr 1923 auf fast ein Viertel, nämlich auf 183 191 Tonnen gesunken, während sie 1924 auf 211 641 Tonnen leicht erhöht werden konnte. Der Unabhängigkeitsdrang der Vereinigten Staaten ist in den beiden Hauptprodukten Kali und Gummi gleich groß. Es wird in der Hauptsache von der Preisgestaltung des Deutschen Kalisyndikates abhängen, inwiefern die abwehrende Front in den U.S.A. weiter eingedrückt werden kann. Die Niederlande sind nächst Amerika der Hauptbezieher gewesen, haben sogar 1923 sehr stark als Vermittler fungiert, da die fast doppelt so hohe Kalieinfuhrziffer weit über den eigenen Bedarf hinausgehen dürfte. Im Gegensatz zur Vorkriegszeit sind England und die Tschechoslowakei als größerer Abnehmer aufgetreten, wobei allerdings letztere die Rolle Oesterreichs übernommen hat. Rußland ist bislang noch nicht als Abnehmer erschienen, auch der Bedarf der nordischen Staaten ist größtenteils zurückgegangen. Polen und Dänemark zeigen für das Inflationsjahr 1923 Ziffern, die nicht normal genannt werden können und aus Spekulations- und Eindeckungsgründen so erhöht sind.

Bau-Rundschau

Der Baumarkt im Oktober

Nach dem (nicht amtlichen) Bericht des „Reichsarbeitsblattes“ gestaltete sich die Lage auf dem Baumarkte in den letzten vier Wochen vor dem 20. Oktober wie folgt: Die Bautätigkeit ging zurück. Gleichwohl war sie trotz vorgedrückter Jahreszeit in den meisten Bezirken noch verhältnismäßig lebhaft. Außer Kleinwohnungs- und Siedlungsbauten wurden verschiedentlich auch einige große Aufträge in Angriff genommen, daneben zahlreiche Ausbesserungsarbeiten und Erneuerungen von Fassaden (H.-R. Berlin). Die industrielle wie auch die kommunale Bautätigkeit verminderte sich im allgemeinen stark, besonders im Rheinland. In Ostpreußen konnte sich nach Beilegung des Streiks die Bautätigkeit in wenigen Bezirken, z. B. Königsberg, noch etwas heben.

Die Nachfrage nach Facharbeiten ließ nach. Die Fertigstellung vieler Bauten führte zu Entlassungen von Arbeitern, für die bei der geringen Aufnahmefähigkeit des Baumarktes keine Unterbringungs-möglichkeit bestand.

Auch im Berichtsmontat hemmten die hohen Zinssätze und die behinderte Beleihungsmöglichkeit die Entwicklung der Bautätigkeit in hohem Maße. Die aus der Hauszinssteuer verfügbaren Mittel waren in zahlreichen Fällen verbraucht, so daß manche Bauvorhaben deswegen zurückgestellt werden mußten. Die Gesamtaufkosten sind durch den Umsatzsteuernachschuß sowie durch geringe Preisermäßigung einiger Baustoffe etwas gesunken.

Bekanntmachung des Hauptvorstandes

Wir machen schon jetzt darauf aufmerksam, daß mit dem neuen Jahre wieder ein Marktwechsel eintritt, und erjuchen die Kassierer, ihre Bestellungen so einzurichten, daß am Jahreschluß nicht übermäßig viel Marken zurückbleiben zu werden brauchen. Bestellungen von Marken sind nur an den Bezirksleiter zu richten.

Ein Teil der Verwaltungsstellen hat bis heute noch keine Bestellung auf die stenographische Niederschrift der letzten Verbandsgeneralsversammlung gemacht. Wir erjuchen, dieses schnellstens zu tun. Der Besitz dieser Niederschrift ist für jede Verwaltungsstelle von größter Bedeutung. Manche Kritik in den Versammlungen würde fortfallen, wenn die Kollegen sich mehr orientieren würden oder die richtige Aufklärung erhielten. Der Bericht gibt nicht nur diese Aufklärung über den Verlauf der Generalversammlung, sondern bietet Material in allen Fragen des Verbandslebens seit Gründung unseres Verbandes.

Das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1926 ist fertig und kann nunmehr zum Preise von nur 75 Pfennig von unserer Geschäftsstelle bezogen werden. Dieses Buch gehört in den Besitz aller Mitglieder. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

1. Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften.
2. Wir und der Sozialismus.
3. Neuerungen in der Sozialversicherung.
4. Arbeiteraufgaben in der Wohlfahrtspflege.
5. Bildungsstreben in der Arbeiterchaft.
6. Die neue Steuergebung.
7. Das übliche Kalendarium usw.